



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	226
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	227
– Versäumung der Berufungsbegründungsfrist durch einen Rechtsanwalt (BGH Ur.t.v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87)	
Haftung des Steuerberaters	231
– Steuerberatungsvertrag mit KG – Schutzwirkungen zugunsten der Ehefrau des Komplementärs – Rat zur getrennten Veranlagung (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 26.5.1988 – 18 U 292/87)	
Haftung des Rechtsanwalts	233
– Beweislast – unterlassene Belehrung (OLG Düsseldorf Beschl.v. 14.7.1988 – 8 W 40/88)	
Haftung des Steuerberaters	236
– Beratung einer Betriebsaufspaltung, Aufdeckung stiller Reserven – Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG (OLG Stuttgart Ur.t.v. 22.6.1988 – 1 U 267/87)	
Haftung des Rechtsanwalts	242
– Verjährung des Regreßanspruchs, § 51 BRAO (LG Traunstein Ur.t.v. 8.4.1988 – 5 O 113/87)	
Haftung des Steuerberaters	244
– Fingierte Lohnzahlungen (AG Frankfurt Ur.t.v. 14.7.1987 – 30 C 626/87–47)	

GI Leitsätze

Belehrungspflicht des Rechtsanwaltes über Bearbeitungsfehler / unzulässige Rechtsausübung

1. Ein neues Mandat begründet keinen neuen Anspruch auf Belehrung über Bearbeitungsfehler des ersten Mandats.
2. Ein neues Mandat kann bei begründetem Anlaß den Anwalt verpflichten, seinen Mandanten über einen aus dem alten Mandat gegen ihn herzuleitenden Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung zu belehren; dies gilt aber nur, wenn bei Übernahme des neuen Mandats die Verjährungsfrist des Primäranspruchs noch läuft (BGH NJW 1986, 581 = GI 44/85).
3. Der Zweck der Verjährungsregelung in § 51 BRAO gebietet es, den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung nur gegenüber einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben (§ 242 BGB) durchgreifen zu lassen. Der Anwalt muß durch sein Verhalten den Mandanten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder nach objektiven Maßstäben ihn zu der Annahme veranlaßt haben, es werde auch ohne Rechtsstreit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs zu erzielen sein. Bloßes Ausweichen, Ablenken oder Schweigen rechtfertigt das Unwerturteil einer unzulässigen Rechtsausführung nicht.

(BGH Urt. v. 21.1.1988 – IX ZR 65/87)

Anmerkung: Zum gleichen Ergebnis kam der BGH im Urteil vom 1.10.1987 GI 1988, 37 = WM 1988, 127. Steht der Verjährungseinrede ausnahmsweise der Arglistseinwand wegen unzulässiger Rechtsausübung entgegen, so entfällt dieser, wenn 4-6 Wochen nach „Einschlafen der Verhandlungen“ keine die Verjährung unterbrechenden bzw. hemmenden Maßnahmen ergriffen worden sind (OLG Hamm GI 1988, 61).

Abgrenzung Notar- und Anwaltstätigkeit

1. Rät ein Anwaltsnotar, der als Rechtsanwalt die steuerliche Beratung eines Mandanten übernommen hat, diesem aus steuerlichen Gründen zum Erwerb einer bestimmten Eigentumswohnung und beurkundet dann, nachdem der Mandant sich zum Kauf entschlossen hat, als Notar den Kaufvertrag, so gehört die dem Kaufentschluß vorangegangene Beratung zur anwaltlichen Tätigkeit.
2. Die Pflichten eines Rechtsanwaltes, der einen Mandanten steuerlich berät, beurteilen sich nach denselben Grundsätzen wie bei der Beratung in anderen Rechtsangelegenheiten.
3. Empfiehlt der Anwalt aus steuerlichen Gründen einen bestimmten Vermögenserwerb, so hat er den Mandanten in der durch die Sachlage gebotenen Weise auch umfassend über die mit dem Geschäft zusammenhängenden zivilrechtlichen Fragen zu belehren und vor Risiken zu bewahren, die sich erkennbar aus diesem Rechtsbereich ergeben (Abgrenzung zu BGH EWiR Art. 1 § 1 RBRG 3/85, 705 (Löwe) = NJW 1986, 1050 = GI 33/85)

(BGH Urt. v. 22.10.1987 – IX ZR 175/86 (KG), WM 1987, 1516 = EWiR § 675 BGB 2/88, 49 [Brambring])

Belehrungspflicht über Berufsversehen

Fordert der Mandant 7 Monate vor Ablauf der Verjährung des Regreßanspruchs auf, den Schadenersatzanspruch anzuerkennen und kurzfristig auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, so entfällt eine Belehrungspflicht des Anwalts. Der Mandant gibt dadurch eindeutig zu erkennen, daß er vom Schadenersatzanspruch und dessen drohender Verjährung Kenntnis hat.

(LG München I Urt. v. 13.4.1988 – 33 O 22 573/87)

Wiedereinsetzung in vorigen Stand

- Versäumung der Berufungsbegründungsfrist durch einen Rechtsanwalt

(BGH Urt. v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87)

Leitsätze (amtl.):

1. Ein Rechtsanwalt darf grundsätzlich darauf vertrauen, daß seine sonst zuverlässige Bürovorsteherin auch eine ihr nur mündlich erteilte Anweisung befolgt.
2. Die anwaltliche Weisung zur Streichung und Neueintragung einer Frist im Fristenkalender ist nicht schon deshalb fehlerhaft, weil nicht in ihr, sondern durch eine generelle Anweisung des Rechtsanwalts die zeitliche Reihenfolge der Ausführung vorgeschrieben ist.

Aus den Gründen:

Nicht zu folgen ist aber der Auffassung der Berufungsrichter, daß Rechtsanwalt K. ein solcher Schuldvorwurf zu machen sei. Nach dem Sachverhalt, den die Beklagte gemäß § 294 Abs. 1 ZPO durch Vorlage eidesstattlicher Versicherungen und das Zeugnis der Bürovorsteherin L. in der nach § 236 Abs. 2 ZPO erforderlichen Weise glaubhaft gemacht hat, hat der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten bei der Bearbeitung der Berufung diejenige Sorgfalt aufgewandt, die von einem ordentlichen Anwalt erwartet werden kann; daß die Begründungsfrist nicht eingehalten worden ist, beruht hiernach ausschließlich auf einem Versehen der Bürovorsteherin L., das der Beklagten nicht zuzurechnen ist.

Daß Frau L. bei den Rechtsstreitigkeiten, in denen die Gerichtsferien Einfluß auf den Ablauf der Berufungsbegründungsfrist haben konnten, mit Billigung des Rechtsanwalts K. und seines Partners, Rechtsanwalt R., **die Frist zur Begründung des Rechtsmittels „grundsätzlich“ in zweifacher Weise, nämlich ohne und mit Berücksichtigung der Gerichtsferien errechnet und an beiden so ermittelten Tagen, im Fristenkalender eingetragen** hat, begründet nicht etwa ein dem Rechtsanwalt vorzuwerfendes Verschulden in der Organisation seiner Kanzlei. Durch diese Handhabung wurde dem Anwalt die endgültige Entscheidung darüber überlassen, ob es sich um eine Feriensache handelte oder nicht.

Das entsprach der gebotenen Sorgfalt (BGH Beschl. v. 16. 2. 1983 – IVb ZB 6/83 – VersR 1983, 447, 448 und vom 26. 11. 1984 – II ZB 4/84 und 5/84 – VersR 1985, 168 m.w.N.).

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts hält es der erkennende Senat auch nicht für pflichtwidrig, daß Rechtsanwalt K., als ihm die Handakten einige Tage vor der auf den 2. 10. 1985 notierten Begründungsfrist vorgelegt wurden, Frau L. mit der Erklärung, die Frist laufe erst am 15. 10. 1985 ab, (nur) mündlich anwies, die Frist vom 2. 10. 1985 zu streichen und als Fristablauf den 15. 10. 1985 zu notieren bzw. zu prüfen, ob auch dieser Tag bereits im Fristenkalender eingetragen sei.

Diese Anweisung war nicht, wie die Revisionserwiderung geltend macht, schon deshalb fehlerhaft, weil sie Frau L. eine Erledigung ihrer Aufgaben in gefährlicher Reihenfolge dahin vorgeschrieben hätte, daß zunächst die eingetragene Frist zu streichen und erst dann die neue Frist zu notieren sei. Die Aufforderung an Frau L. bezeichnete vielmehr lediglich kumulativ die beiden auszuführenden Tätigkeiten, deren zeitliche Abfolge sich nach den vom Rechtsanwalt dazu allgemein erteilten Weisungen zu richten hatte.

Insoweit hat die Beklagte durch Vorlage ergänzender eidesstattlicher Versicherungen glaubhaft gemacht, daß Frau L. **bei Beginn ihrer Tätigkeit** von Rechtsanwalt K. **generell angewiesen worden war, dann, wenn in einer Fristensache im Fristenkalender eine neue Frist einzutragen sei, zunächst diese Frist zu notieren und erst dann die bereits eingetragene Frist zu streichen;** die Einhaltung der Anweisung war von dem Rechtsanwalt in unregelmäßigen Abständen überprüft worden, ohne daß sich Zuwiderhandlungen ergeben hatten. Diese generelle Anweisung war nach ihrem Inhalt und Zweck ersichtlich nicht, wie die Revisionserwiderung meint, auf Fälle beschränkt, in denen eine eindeutig bestimmte Begründungsfrist durch richterliche Verfügung verlängert wurde. Damit war der Wortlaut der Frau L. erteilten Weisung nicht zu beanstanden.

Rechtsanwalt K. durfte auch davon ausgehen, daß Frau L. seiner Anweisung nachkommen würde. In der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist anerkannt, daß ein Rechtsanwalt grundsätzlich darauf vertrauen darf, eine sonst zuverlässige Büroangestellte werde seine Anweisungen befolgen. Dies gilt nicht nur für allgemeine Anweisungen, sondern erst recht dann, wenn der Anwalt in einem konkreten Einzelfall eine spezielle Weisung erteilt (vgl. Senatsbeschlüsse v. 18. 10. 1983 – VI ZB 18/82 – VersR 1983, 374, 375 m.w.N. und v. 5. 7. 1983 – VI ZB 5/83 – VersR 1983, 838; BGH Beschl. v. 25. 11. 1985 – II ZB 8/85 – VersR 1986, 345 und v. 27. 2. 1986 – III ZB 21/85 – VersR 1986, 764, 765).

Diese Grundsätze sind, wie sich aus den Sachverhalten der vorgenannten Beschlüsse ergibt, auch auf **mündliche** Weisungen anzuwenden. Bei ihnen mag zwar, worauf das Berufungsgericht entscheidend abstellt, die Gefahr vergessen zu werden, generell größer sein als bei schriftlichen Anweisungen. **Für die Frage, ob eine (nur) mündliche Weisung der anwaltlichen Sorgfalt gerecht wird, ist aber nicht auf diese abstrakte Gefahr, sondern darauf abzustellen, ob nach den besonderen Gegebenheiten des konkreten Falles die Befürchtung naheliegt, das Büropersonal werden einer nur mündlich erteilten Anweisung nicht nachkommen.** Soweit in dieser Hinsicht vor der Neufassung des § 233 ZPO durch die Vereinfachungsnovelle v. 3.12.1976 (BGBl. I 3281) nicht nur aufgrund besonderer Fallgestaltungen, sondern generell strengere Anforderungen gestellt worden sind (vgl. BGH Beschl. v. 17.1.1962 – IV ZB 398/61 – VersR 1962, 326 und v. 7.7.1971 – VIII ZB 20/71 – VersR 1971, 961, 962), kann daran für die Zeit nach dem 1.7.1977 nicht festgehalten werden.

Im Streitfall hatte Rechtsanwalt K. die Weisung seiner Bürovorsteherin L. erteilt, bei der es sich, wie die Beklagte glaubhaft gemacht hat, um eine **erfahrene und sehr zuverlässige Mitarbeiterin** handelte. Sie war nach ihrer im Frühjahr 1980 bestandenen **Rechtspflegerprüfung** zunächst bei verschiedenen Amtsgerichten tätig gewesen und zum 1.10.1963 von Rechtsanwalt K. als Bürovorsteherin eingestellt worden. In der Anwaltskanzlei zählten Rechtsmittelsachen zur Routinearbeit, Frau L., deren Aufgabengebiet u. a. das Fristenwesen umfaßte, erledigte ihre Arbeit stets sorgfältig und korrekt. Überprüfungen gaben, insbesondere auch bei der Eintragung von Fristen und der rechtzeitigen Aktenvorlage, niemals Anlaß zu Beanstandungen.

Unter diesen Umständen bestand für Rechtsanwalt K. im Hinblick auf die Person von Frau L. kein Anlaß zu der Annahme, sie werde der ihr mündlich erteilten Anweisung nicht nachkommen. In dieser Hinsicht liegt der Streitfall anders als der Sachverhalt in dem vom Berufungsgericht zitierten Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 19.1.1984 (VII ZB 18/83 – VersR 1984, 286), bei dem der Rechtsanwalt ein fehlerhaftes Abweichen seiner Gehilfin von allgemeinen Weisungen erkannt hatte und deshalb auch bei seiner späteren konkreten Weisung mit einem erneuten Versehen seiner Angestellten rechnen mußte.

Befürchtungen, Frau L. werde der ihr mündlich erteilten Anweisung nicht nachkommen, waren auch weder wegen des Inhalts dieser Weisung noch aufgrund der Umstände geboten, unter denen sie ausgesprochen worden waren. Bei der Eintragung der von einem Rechtsanwalt verfügten Frist in den Fristenkalender handelt es sich um eine verhältnismäßig ein-

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, wirtschafts- und steuerberatende Berufe



Dezember 1988

Die Gerling-Konzern Rechtsschutz Versicherungs-AG meldet:
=====

Zum Thema Vertrags-Rechtsschutz -----

Der Steuerberater war für zwei rechtlich selbständige, wirtschaftlich aber zusammenhängende Unternehmen tätig. Die Steuerberaterverträge wurden von den Mandanten fristlos gekündigt. Der Steuerberater verweigerte die von den Mandanten geforderte Herausgabe der Buchungs- und Steuerunterlagen wegen noch offener Honorarforderungen.

Beide Unternehmen machten zunächst im Einstweiligen Verfügungsverfahren den Herausgabeanspruch der Unterlagen geltend. Das Landgericht (Stuttgart, Az. 14 U 493/80) entsprach teilweise dem Herausgabeanspruch. Rechtsmittel gegen dieses Urteil wurden nicht eingelegt.

Der Steuerberater erhob dann Honorarklage über DM 15.000. Beide Gegner machten im Wege der Widerklage Schadenersatzansprüche über DM 185.000 geltend. Die zunächst selbständigen Klageverfahren wurden vom Landgericht (Ellwangen, Az. 3 O 106/81) zusammengefaßt.

Mit Teil-Urteil wurde die Widerklage abgewiesen. Gegen dieses Urteil legten die Mandanten Berufung ein. Vor dem OLG Stuttgart (Az. 5 U 3/83) wurde sodann ein Vergleich geschlossen, der die Rechtsstreitigkeit insgesamt erledigte. Nach diesem Vergleich verzichteten sowohl die Mandanten als auch der Steuerberater auf alle Ansprüche gegeneinander.

Jede Seite hatte die eigenen Anwaltskosten zu übernehmen; die Gerichtskosten wurden den Mandanten auferlegt. Die Kosten für das Einstweilige Verfügungsverfahren wurden durch die Rechtsschutz-Versicherung übernommen. Die Kosten des Klage- und Widerklageverfahrens wurden anteilig vom Rechtsschutz- bzw. Haftpflicht-Versicherer des Steuerberaters übernommen.

fache Aufgabe, deren Erledigung nicht nur – wie hier – einer erfahrenen Bürovorsteherin, sondern auch anderen geeigneten Büroangestellten übertragen werden darf (vgl. BGH Beschl. v. 12.11.1969 – VIII ZB 35/69 – VersR 1970, 87). Der äußere Rahmen, in dem die klare und präzise Weisung erfolgte, stand ihrer (bloß) mündlichen Erteilung ebenfalls nicht entgegen.

Sicherlich gibt es, was dem Berufungsgericht ersichtlich bei den von ihm herausgestellten vielfältigen Aufgaben des Büropersonals vor Augen gestanden hat, spezifische Situationen, in denen eine mündliche Anweisung leicht vergessen werden kann, etwa dann, wenn sie erfolgt, während die Bürokraft gerade mit anderen Angelegenheiten befaßt oder in sonstiger Weise abgelenkt ist.

So lag der Fall hier jedoch nicht. Der Anweisung von Rechtsanwalt K. war nicht nur ein Gespräch über den Lauf der Begründungsfrist in gerade dieser Sache vorausgegangen, sondern Frau L. war auch unter Übergabe der Handakten und damit gewissermaßen unter Aushandigung einer Gedächtnisstütze angewiesen worden, die Eintragung der Frist auf den 15.10.1985 vorzunehmen.

Wenn das Berufungsgericht trotz dieser besonderen Gegebenheiten verlangt, daß Rechtsanwalt K. seine Anweisung schriftlich hätte niederlegen müssen, so **überspannt es die Anforderungen an die anwaltliche Sorgfaltspflicht** und fordert ein Verhalten, daß, wie die Revision mit Recht geltend macht, **das von gegenseitigem Vertrauen geprägte Arbeitsklima zwischen Anwalt und erfahrener Bürovorsteherin unverhältnismäßig beeinträchtigen könnte.**

Da Rechtsanwalt K., wie dargelegt, darauf vertrauen durfte, daß Frau L. seine mündliche Weisung ausführte, hängt die Frage seines Verschuldens auch nicht, wie das Berufungsgericht meint, davon ab, ob er bei Erteilung der Anweisung sicher sein konnte, daß neben dem 2.10.1985 auch der 15.10.1985 bereits im Fristenkalender eingetragen war. Aus demselben Grunde brauchte Rechtsanwalt K. die Ausführung seiner Anweisung auch nicht persönlich zu überwachen.

Haftung des Steuerberaters

- Steuerberatungsvertrag mit KG
- Schutzwirkungen zugunsten der Ehefrau des Komplementärs
- Rat zur getrennten Veranlagung

(OLG Düsseldorf Urt. v. 26.5.1988 – 18 U 292/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Rat zur getrennten Veranlagung ist richtig, wenn beim Ehemann von einem hohen steuerpflichtigen Einkommen auszugehen ist, an dessen Steuerlast die Ehefrau nicht teilnehmen soll.
2. Der Steuerberatungsvertrag mit einer Kommanditgesellschaft entfaltet Schutzwirkungen zugunsten der Ehefrau des Komplementärs, soweit die steuerliche Einkommenssituation der Ehefrau mit jener der Kommanditgesellschaft untrennbar verbunden ist.

Aus den Gründen:

Zwischen den Parteien bestand ein Dienstvertragsverhältnis, da der Beklagte auch für die Klägerin selbst steuerberatend tätig war.

Zutreffend gehen beide Parteien jedoch davon aus, daß der Beklagte Beratungs- und Betreuungspflichten, welche ihm in diesem **unmittelbaren Rechtsverhältnis gegenüber der Klägerin** oblagen, nicht verletzt hat. Sein Ratschlag, für die Einkommensteuererklärung 1981 die **getrennte Veranlagung** zu wählen, war nämlich richtig und angemessen, wenn es bei der Gewinnfeststellung für die Kommanditgesellschaft und damit auch für den Ehemann der Klägerin – beides für 1981 – verblieb. Infolge der getrennten Veranlagung konnten der Klägerin nämlich die Einkünfte aus Gewerbebetrieb ihres Ehemannes (301.422 DM) nicht zugerechnet werden.

Daneben bestand ein gleichartiges **Steuerberatungsverhältnis zwischen der Kommanditgesellschaft und dem Beklagten**. Dieses hatte den Rechtscharakter eines Dienstvertrages. Der Beklagte wurde nämlich für die Kommanditgesellschaft umfassend und über einen längeren Zeitraum in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Zwar waren auch die Fertigung von Jahresabschlüssen sowie die Erstellung von Steuererklärungen (= Einzelleistungen) geschuldet, im Vordergrund stand aber die ständige Beratung und Vertretung der Kommanditgesellschaft in steuerlicher Hinsicht. Daß dabei auch Einzelleistungen erbracht wurden, hat auf die Einordnung des

Steuerberatervertrages als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter keinen Einfluß (BGH VersR 1980, 264; RGRK-BGB 12. Aufl., § 631 Rdn. 201; MünchKomm zum BGB, 2. Aufl., § 611 Rdn. 690).

Rechtliche Grundlage für einen Schadenersatzanspruch sind deshalb die Rechtsgrundsätze über die positive Vertragsverletzung (§ 276 BGB in entsprechender Anwendung). Voraussetzung ist demgemäß, daß der Beklagte ihm obliegende Belehrungs- und/oder Sorgfaltspflichten (schuldhaft) verletzt hat.

Hier ist – für einen Anspruch der Klägerin – ergänzend zu beachten, daß das Rechtsverhältnis zwischen dem Beklagten und der Kommanditgesellschaft eine **Schutzwirkung zugunsten der Klägerin** entfaltet, soweit die steuerliche Einkommenssituation der Klägerin mit jener der Kommanditgesellschaft – über den Ehemann der Klägerin als Komplementär der Kommanditgesellschaft – untrennbar verbunden ist. Das hat das Landgericht in der angefochtenen Entscheidung zutreffend ausgeführt. Davon gehen beide Parteien auch aus (vgl. weiter: BGH Ur. v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 –, GI 1987, 27 = WM 1987, 257, 259).

Ein tatsächlicher Pflicht- und/oder Sorgfaltsverstoß des Beklagten läßt sich nicht mehr feststellen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme erster Instanz sind vielmehr die von der Klägerin insoweit erhobenen Vorwürfe widerlegt.

Es war die Klägerin, welche auch in allen Angelegenheiten, welche die Kommanditgesellschaft berührten, die dafür erforderlichen Gespräche mit dem Beklagten führte. Das hat der Zeuge bei seiner Vernehmung bekundet, das wird von der Klägerin nicht in Abrede gestellt. In dieser Funktion hat die Klägerin im Januar 1984 – und wiederholend im Juni 1984 – erklärt, daß für die Kommanditgesellschaft „nichts mehr gemacht werden“ solle, dies habe keinen Sinn, es sei auch kein Geld da. So hat es der Zeuge bei seiner Vernehmung geschildert, die Klägerin stellt diese Anweisungen gleichfalls nicht in Abrede.

Bei Erteilung dieser Anweisungen war der Klägerin der Feststellungsbescheid vom 21. 9. 1983 und das Widerspruchsverfahren dazu bekannt. Darauf bezog sich ja gerade – so die Aussage des Zeugen – die Anweisung, daß „nichts mehr gemacht werden“ sollte. Auf die sich daraus ergebende Konsequenz für die eigene Einkommenssteuersituation der Klägerin hat der Beklagte hingewiesen, indem er der Klägerin erklärt hat, daß mit Rücksicht auf die vorliegende Schätzung der Einkünfte der Kommanditgesellschaft die getrennte Veranlagung besser sei. Auch das hat der Zeuge ausgesagt; seine Darstellung ist auf dem Hintergrund der unstr.

Zeuge ausgesagt; seine Darstellung ist auf dem Hintergrund der unstrittigen wirtschaftlichen Gesamtsituation der Kommanditgesellschaft ohne weiteres einleuchtend und deshalb glaubhaft: Es war Konkursantrag gestellt. Für eine Klage vor dem Finanzgericht war – folglich – kein Geld da, das Ergebnis eines solchen Verfahrens war zudem uninteressant, wenn die Kommanditgesellschaft – und auch der Ehemann der Klägerin – sowieso nicht mehr über Vermögen verfügten; die Konsequenzen aus dem Fortbestand des Feststellungsbescheides vom 21.9.1983 (entsprechende Einkommenversteuerung durch den Ehemann der Klägerin, entsprechende Auswirkungen bei einer etwaigen, gemeinschaftlichen Veranlagung beider Eheleute) lagen auf der Hand, und zwar auch für einen Laien in steuerrechtlichen Fragen.

Wenn die Klägerin demgegenüber – in ihrer Berufungsbegründung – dahin argumentiert, daß der Beklagte sie über die Zusammenhänge zwischen ihrer Steuererklärung und der Einkommenssituation ihres Ehemannes nicht hinreichend aufgeklärt habe, so ist das aus den angeführten Gründen weder nachvollziehbar noch läßt sich dies den Angaben des Zeugen entnehmen. Der Ratschlag, die getrennte Veranlagung zu wählen, weil diese für die Klägerin steuerlich günstiger sei, ist die (logische) Folge der Entscheidung, den Feststellungsbescheid vom 21.9.1983 hinzunehmen. Dieser Ratschlag setzt anders ausgedrückt voraus, daß aufseiten des Ehemannes der Klägerin von einem hohen steuerpflichtigen Einkommen auszugehen ist, an dessen Steuerlast die Klägerin gerade nicht teilnehmen soll. Der Ratschlag ist – noch anders ausgedrückt – überhaupt nicht verständlich, wenn man nicht gleichzeitig auf die Verbindung zwischen den Einkünften der Kommanditgesellschaft, des Ehemannes der Klägerin als deren Komplementär und den eigenen Einkünften der Klägerin verweist, soweit diese mit den Einkünften ihres Ehemannes im Rahmen einer gemeinschaftlichen steuerlichen Veranlagung verbunden sind.

Es kommt hinzu, daß der Beklagte im Zeitpunkt seines Ratschlages nicht mit der erforderlichen Sicherheit wissen konnte, ob die Kommanditgesellschaft tatsächlich – im Jahre 1981 – einen erheblichen Verlust erwirtschaftet hatte. In den Vorjahren hatte sie mit Gewinn gearbeitet, die Ertragsituation im Jahre 1981 hatte sich zwar durch Auftragsverluste bei den Schulbusfahrten verschlechtert (vgl. hierzu Aussage des Ehemannes der Klägerin), die vom Beklagten vorläufig ermittelten Bilanzzahlen beruhten jedoch auf unzureichenden Grundlagen. Es fehlten viele Unterlagen, insbesondere die Finanzierungsunterlagen hinsichtlich der – von ihrem Ausmaß her – besonders wichtigen Käufe und Verkäufe von Bussen. Diese Angaben des Beklagten hat die Klägerin nicht bestritten, sie werden zudem durch die Aussage des Zeugen bestätigt.

Haftung des Rechtsanwalts

- Beweislast
- unterlassene Belehrung

(OLG Düsseldorf Beschl. v. 14.7.1988 – 8 W 40/88)

Leitsätze (d. Verf.)

1. Behauptet der Mandant im Regreßprozeß, der Rechtsanwalt habe eine pflichtgemäße Belehrung unterlassen, so trägt er dafür die Beweislast (hier: Belehrungen, daß durch die Kündigungsschutzklage etwaige Lohnansprüche nicht erfaßt sind).
2. Läßt der Aktenvermerk des verstorbenen Rechtsanwaltes über die Beratung des Mandanten die Möglichkeit offen, daß eine ordnungsgemäße Belehrung stattgefunden hat, so muß der Mandant das Gegenteil beweisen.

Aus den Gründen:

Ein Rechtsanwalt, der von einem Mandanten den Auftrag erhält, gegen eine fristlose Kündigung seines Arbeitsverhältnisses vorzugehen und Kündigungsschutzklage zu erheben, muß bei Fehlern entsprechender Erklärungen des Mandanten durch Befragung ermitteln, ob der Mandant auch finanzielle Interessen im Hinblick auf etwa schon entstandenen oder künftig entstehenden Lohnausfall verfolgt (vgl. BGH NJW 1983, 1665). In der Regel wird es auf der Hand liegen, daß der Mandant bei der Beauftragung des Anwalts auch seine finanziellen Interessen im Auge hat. Die **Beratungspflichten des Anwalts** schließen in einem solchen Fall die Verpflichtung ein, dem Mandanten deutlich zu machen, daß er, der Anwalt, ohne entsprechenden weitergehenden Auftrag zur Sicherung und Durchsetzung bestehender oder künftiger Lohnansprüche nicht tätig wird, derartige Ansprüche insbesondere nicht **Gegenstand der Kündigungsschutzklage** sind und unter Umständen ohne Rücksicht auf die Kündigungsschutzklage aufgrund entsprechender Bestimmungen des Arbeitsvertrages oder eines auf das Arbeitsverhältnis anzuwendenden Tarifvertrages verfallen können.

Im Regreßprozeß gegen den Anwalt ist es allerdings Sache des Mandanten, das Unterbleiben der gebotenen Beratung und Belehrung zu beweisen. Der Umstand, daß dem Mandanten damit der **Beweis einer nega-**

tiven **Tatsache** zugemutet wird, ändert hieran nichts (vgl. BGH NJW 1985, 264, 265; BGH NJW 1986, 2570; BGH NJW 1987, 1335; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl., S. 246, 247).

Das Landgericht hat im Ergebnis zu Recht hinreichende Erfolgsaussicht der Rechtsverfolgung verneint, weil bei der hier gegebenen Sachlage nicht hinreichend wahrscheinlich ist, daß der Kläger den Nachweis eines Beratungs- oder Belehrungsversäumnisses des verstorbenen Ehemannes der Beklagten führen kann. Die Beklagte stellt in Abrede, daß ihr verstorbener Ehemann die ihm obliegenden Beratungs- und Belehrungspflichten verletzt hat. Von der Beklagten kann insoweit nicht erwartet werden, daß sie den Ablauf des maßgeblichen Gesprächs zwischen dem Kläger und ihrem verstorbenen Ehemann darstellt, um dem Kläger die Möglichkeit zu geben, das entsprechende Vorbringen zu widerlegen und damit den ihm obliegenden Beweis zu erbringen. Denn die Beklagte hat an dem maßgeblichen Gespräch zwischen dem Kläger und ihrem verstorbenen Ehemann nicht teilgenommen und verfügt nicht über Kenntnisse, soweit es um die Einzelheiten des Gesprächsverlaufs geht.

Der vorliegende **schriftliche Aktenvermerk** ergibt, was die hier interessierenden Fragen anbetrifft, angesichts seiner knappen Form nicht, daß der verstorbene Ehemann der Beklagten den Kläger in der gebotenen, oben näher ausgeführten Weise belehrt und beraten hat. Auf der anderen Seite ist es sehr naheliegend, daß sich der verstorbene Ehemann der Beklagten nicht darauf beschränkt hat, dem Kläger mitzuteilen, „daß Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis entfallen können“, wie der Vermerk lautet. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der verstorbene Ehemann der Beklagten den Kläger auch darauf hingewiesen hat, daß etwaige Lohnansprüche durch die Kündigungsschutzklage nicht erfaßt würden, daß solche Ansprüche unter bestimmten Voraussetzungen nach dem Inhalt des Arbeitsvertrages oder eines auf das Arbeitsverhältnis anzuwendenden Tarifvertrages verfallen könnten und daß er, der Anwalt, ohne entsprechendes Mandat nicht zur Sicherung und Durchsetzung solcher Ansprüche tätig werde. Der Wortlaut des Vermerks läßt ohne weiteres die Möglichkeit offen, daß der verstorbene Ehemann der Beklagten den Kläger in dieser Form belehrt, somit die ihm obliegenden Beratungs- und Belehrungspflichten erfüllt hat. **Daß der Kläger Gegenteiliges nachzuweisen vermag**, ist unter den hier gegebenen Umständen **nicht zu erwarten**.

Haftung des Steuerberaters

- Beratung einer Betriebsaufspaltung, Aufdeckung stiller Reserven
- Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG
(OLG Stuttgart Ur. v. 22.6.1988 – I U 267/87)

Leitsätze (d.Verf.)

1. Zur Darlegungs- und Beweislast des Beratungsfehlers eines Steuerberaters.
2. Der Steuerberater genügt der Verpflichtung zur erschöpfenden Auskunft, wenn er erkennt, daß seine Mandanten das Resultat der steuerlichen Beratung und der von ihm angeratenen Vertragsgestaltung im wesentlichen verstanden haben.
3. Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Steuerberater gem. § 68 StBerG beginnt, wenn er – ggf. mit einer Feststellungsklage – gerichtlich geltend gemacht werden kann.
4. Führt die Betriebsprüfung zu einer Nachveranlagung, so ist die Erhebung einer Feststellungsklage spätestens nach der Schlußbesprechung möglich.
5. Ein Mahnbescheid gegen den Steuerberater wegen des angeblichen Anspruchs auf Rückzahlung von Honorar unterbricht nicht die Verjährung des Schadenersatzanspruchs.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger betrieb mit seiner Ehefrau ein Autohaus, das zum Gesamtgut der Gütergemeinschaft der Ehegatten gehörte. Im Jahre 1978 wurde die Gütergemeinschaft beendet und dergestalt auseinandergesetzt, daß die Ehefrau des Klägers das Betriebsgrundstück und der Kläger das sonstige Betriebsvermögen mit allen Aktiva und Passiva übernahm. Der Abschluß dieser Vereinbarung führte dazu, daß hinsichtlich des Betriebsgrundstücks die stillen Reserven aufgedeckt wurden und hierdurch die Ehegatten für das Geschäftsjahr 1978 einen um 158.560,- höheren Gewinn aus Gewerbebetrieb erzielten.

Aus den Gründen:

Dem Kläger stehen gegen den Beklagten keine Schadenersatzansprüche aus positiver Vertragsverletzung des Geschäftsbesorgungsvertrages zu. Auch ein Anspruch auf Erfüllung derjenigen Forderung, mit

welcher der Kläger gegen den Anspruch des Beklagten auf Bezahlung der Rechnung vom 23.6.1982 aufgerechnet hat, ist nicht gegeben.

Der Kläger hat nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme eine Beratungspflichtverletzung des Beklagten nicht bewiesen. Zudem wäre der vom Landgericht nicht zuerkannte Teil eines etwaigen Schadenersatzanspruchs verjährt.

Der Senat vermag sich **nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht davon zu überzeugen, daß der Beklagte den Kläger und dessen Ehefrau**, die damals gesamthänderisch verbunden seine Auftraggeber waren, **nicht in der gebotenen Weise über die steuerlichen Auswirkungen der von ihm aus haftungs-, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Gründen zurecht empfohlenen Betriebsaufspaltung aufgeklärt hat.**

Unstreitig ist im Rahmen der über die Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft geführten Unterredungen auch über mögliche steuerliche Mehrbelastungen gesprochen worden. Daß der Beklagte hierbei **falsche** Auskünfte erteilt hat, ist schon im Hinblick darauf **wenig wahrscheinlich, daß die tatbestandlichen Voraussetzungen und steuerrechtlichen Auswirkungen der Auflösung stiller Reserven bei einer Betriebsaufgabe jedenfalls unter den vorliegenden Gegebenheiten zum Grundwissen jedes in steuerlichen Dingen auch nur einigermaßen Bewanderten gehören.** Auch die Bekundung der Ehefrau des Klägers, wonach der Beklagte geäußert habe, der eine Ehegatte werde Steuern sparen und auf den anderen käme eine Steuermehrbelastung zu, belegen, daß sich der Beklagte der steuerrechtlichen Auswirkungen einer unter Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft erfolgenden Betriebsaufspaltung jedenfalls in den Grundzügen bewußt war. Dahin stehen kann deshalb, ob nicht auch dem Inhalt der Schlußbilanz für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 1.1.1979 bis 2.1.1979, welche die steuerlichen Auswirkungen in der Sache zutreffend – wenn auch bilanztechnisch zum falschen Stichtag – beschreibt, gefolgert werden kann, daß der Beklagte die mit seiner Anregung verbundene Auflösung der stillen Reserven erkannte oder ob einem solchen Schluß entgegensteht, daß in die Schlußbilanz zum 1.1.1979 möglicherweise auch Erkenntnisse der zum damaligen Zeitpunkt bereits begonnenen Betriebsprüfung eingegangen sind.

Es spricht aber vieles dafür, daß der Beklagte die steuerrechtlichen Folgen der unter einer Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft erfolgenden Betriebsaufspaltung zutreffend erkannte, liegt nahe, daß er auf die Frage nach den steuerlichen Auswirkungen keine fehlerhaften Auskünfte erteilte. Dies gilt umso mehr, als seine von der Ehefrau des Klägers wiedergegebene Äußerung, wonach der eine Ehegatte

mehr und der andere weniger Steuern zu bezahlen habe, die steuerliche Situation zwar stark vereinfacht aber im Kern doch zutreffend umschreibt. Eine fehlerhafte Auskunft des Beklagten läßt sich auch nicht aus dem Verlauf der Betriebsprüfung ableiten. Dem Kläger ist zwar zuzugeben, daß der Inhalt des Betriebsprüfungsberichts des Finanzamts vom 11.5.1983 sowie der Inhalt des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1978 belegen, daß der Beklagte die steuerrechtlichen Auswirkungen der Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft erst in zeitlichem Zusammenhang mit der Betriebsprüfung **bilanztechnisch** vollzogen hat. Auf Befragen des Senats hat der Beklagte dies aber nachvollziehbar und unwiderlegt damit erklärt, daß er erst bei der Vorbereitung der Betriebsprüfung vom Abschluß der notariellen Vereinbarung vom 18.12.1978 Kenntnis erlangt habe. Diese Einlassung des Beklagten findet auch daran eine gewisse Stütze, daß er – wie die Bekundungen der Ehefrau des Klägers erhellen – die steuerrechtlichen Folgen der Auflösung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft bei den Beratungsgesprächen zumindest im Kern zutreffend geschildert hat und auch nahe liegt, daß der Beklagte aus bilanztechnischen Gründen eine Änderung des ehelichen Güterstandes zum 1.1.1979 angeregt hätte, wenn er gewußt hätte, daß der Kläger und dessen Ehefrau seine Empfehlung aufgreifen wollen.

Schließlich kann sich der Senat nicht davon überzeugen, daß der Beklagte anläßlich der Beratungsgespräche geäußert hat, daß auf die Ehegatten durch die Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft insgesamt eine Steuermehrbelastung von DM 4000,- zukomme. Dem Senat ist nämlich nicht erkennbar, was den Beklagten bewogen haben könnte, sich ins Blaue hinein auf einen bestimmten Betrag zu einem Zeitpunkt festzulegen, zu dem er keine verlässlichen Fakten über die Ertrags- und Umsatzsituation des Autohauses im Geschäftsjahr und in den nachfolgenden Jahren haben konnte. Wesentlich plausibler ist, daß der Beklagte die steuerrechtlichen Folgen (vgl. die umfassende Darstellung in BGH Versicherungsrecht 1987, 180, 182 ff, wobei noch mehrwertsteuerrechtliche Vorteile hinzukommen können) abstrakt erläuterte und dann gewisse Beispiele durchrechnete. Denkbar ist ebenfalls, daß der Beklagte – wie die Ehefrau des Klägers zunächst bekundete – sinngemäß erklärte, der Kläger und dessen Ehefrau müßten allenfalls geringe Steuern nachbezahlen; eine Äußerung, die nicht unrichtig gewesen wäre, da die Einkommensteuerschuld für das Jahr 1978 unstreitig in Höhe von DM 39.672,- durch Aufrechnung mit verschiedenen Steuererstattungsansprüchen erfüllt und erst ab dem 21.9.1984 ein Restbetrag von DM 5.645,- durch Zahlung erbracht wurde. Entsprechendes gilt für

die vom Kläger und seiner Ehefrau für das Jahr 1978 zu entrichtende Kirchensteuer.

Weiterhin vermochte der Kläger nicht darzutun, daß die Auskünfte des Beklagten nicht **erschöpfend** waren (vgl. dazu Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Auflage, Rand Nr. 138 ff und Rand Nr. 146 ff). Der Beklagte konnte sich allerdings nicht damit begnügen, die steuerlichen Auswirkungen der Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft nur zusammenfassend etwa dahin zu umschreiben, daß der eine Ehegatte mehr und der andere weniger an Steuern zahlen müsse. Vielmehr war der Beklagte verpflichtet, die bei der angeregten Vertragsgestaltung eintretenden steuerrechtlichen Wirkungen im einzelnen aufzuschlüsseln, also u.a. darauf hinzuweisen, daß die aus der Auflösung der stillen Reserven resultierende Einkommens- und Kirchensteuermehrbelastung sofort anfalle, während die Vorteile bei der Gewerbesteuer und eventuell auch bei der Mehrwertsteuer sich erst zukünftig verwirklichen ließen. Die Verletzung einer so verstandenen Beratungspflicht des Beklagten steht aber nicht fest:

Die Bekundung der Ehefrau des Klägers zeigen zwar, daß diese die steuerrechtlichen Folgen bei den Beratungsgesprächen nicht im einzelnen verstanden hat. Hieraus kann aber angesichts der Komplexität der anstehenden steuerrechtlichen Fragen nicht gefolgert werden, daß der Beklagte die gebotenen Belehrungen unterlassen habe, zumal die Ehefrau des Klägers selbst einräumte, daß sie trotz ihrer Ausbildung als Steuerfachgehilfin von steuerlichen Dingen wenig verstehe.

Unter den vorliegenden Gegebenheiten war der Beklagte auch **nicht gehalten, dem Kläger und dessen Ehefrau die steuerlichen Auswirkungen solange zu vermitteln, bis sie diese in ihrem Gesamtzusammenhang zutreffend erfaßt hatten**. Vermochten nämlich der Kläger und dessen Ehefrau die ihnen vom Beklagten im einzelnen dargelegten steuerrechtlichen Auswirkungen nur teilweise nachzuvollziehen, durfte sich der Beklagte damit begnügen, daß seine Mandanten das Resultat der von ihm angeratenen Vertragsgestaltung im wesentlichen verstanden. Dies gilt jedenfalls angesichts des Umstandes, daß die vom Beklagten empfohlene Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft bei einer Gesamtbetrachtung haftungs- und steuerrechtliche Vorteile mit sich brachte und der Beklagte davon ausgehen durfte, daß sich die durch die Aufhebung der stillen Reserven ergebende Einkommen- und Kirchensteuermehrbelastung zeitlich strecken lasse und damit die Liquiditätslage des Autohauses nicht nachteilig betroffen werde.

Da sich der Senat von einer Beratungspflichtverletzung des Beklagten nicht überzeugen konnte und den Kläger die Beweislast für eine falsche

oder unvollständige Auskunft des Beklagten trifft (vgl. Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 2. Auflage, Rand Nr. 296 f; Huhn/von Schuckmann, Beurkundungsgesetz, 2. Auflage, § 17, Rand Nr. 211; Riederer/von Paar, Die Beweislast im Notarhaftpflichtprozeß, DNotZ 1985, 25 ff), blieb die Schadenersatzklage schon mangels einer nachweisbaren Pflichtverletzung ohne Erfolg.

Im übrigen wäre ein (im folgenden unterstellter) Schadenersatzanspruch des Klägers mit Ausnahme des vom Landgericht zugesprochenen Teibetrages von DM 2.300,- verjährt.

Dem Kläger ist zwar darin beizutreten, daß vorliegend (anders als bei den vom Landgericht zur Begründung seiner Rechtsauffassung herangezogenen Entscheidungen BGH NW 1979, 1550 und BGH NJW 1986, 1162) im Zeitpunkt der Schlußbesprechung vom 27.1.1983 unstreitig noch keine bestandskräftigen Einkommensteuerbescheide vorlagen. Angesichts der vom Senat getroffenen Feststellungen kann dies aber im Ergebnis nichts daran ändern, daß der Schadenersatzanspruch des Klägers bereits am 27.1.1983 i.S.v. § 68 StBerG „entstanden“ ist (vgl. dazu Späth, aao, Rand Nr. 421 ff mwN; Gehre, Steuerberatungsgesetz, § 68 Rand Nr. 8 ff; Mutze, Die Praxis der gesamten Steuerberatung, Band 1, Abschnitt 730, Seite 3 ff). Mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (NJW 1979, 1550; NJW 1986, 1162; Versicherungsrecht 1982, 468) geht der Senat nämlich davon aus, **daß der Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung eines Steuerberatervertrages in dem Zeitpunkt i.S.v. § 68 Steuerberatergesetz „entsteht“, in dem er – gegebenenfalls mit einer Feststellungsklage – gerichtlich geltend gemacht werden kann.** Die Erhebung einer Feststellungsklage wäre dem Kläger aber bereits nach der im Zuge der Schlußbesprechung zur Betriebsprüfung vom 27.1.1983, an welcher neben den Parteien die Ehefrau des Klägers und dessen neuer Steuerberater teilnahmen, über die steuerrechtlichen Auswirkungen der Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft gesprochen wurde. Schließlich handelte es sich hierbei um die zentrale vom Betriebsprüfer erhobene Beanstandung, die auch betragsgemäß erhebliche Auswirkungen hatte. Weiterhin lag zu diesem Zeitpunkt bereits die Schlußbilanz für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 1.1.1979 bis 2.1.1979 vor, aus der die steuerrechtlichen Wirkungen – wenn auch auf den falschen Bilanzstichtag bezogen – erkennbar waren. Angesichts dieser Umstände steht für den Senat außer Frage, daß der Kläger spätestens anläßlich der Schlußbesprechung Kenntnis von der (unterstellten) Beratungspflichtverletzung des Beklagten hatte und sich durch Rückfragen bei seinem anwesenden neuen steuerlichen Berater unschwer weitere Erkenntnisse hätte verschaffen können.

Für den Kläger war damit aber nicht nur die Pflichtverletzung des Beklagten als solche bekannt, sondern auch, daß diese – was Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Feststellungsklage ist – aller Voraussicht nach zu einer Einkommen- und Kirchensteuermehrbelastung führen werde. Der zum damaligen Zeitpunkt bereits erstellten Schlußbilanz für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 1.1.1979 bis 2.1.1979 konnte nämlich entnommen werden, daß die Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft zu einem Aufgabegewinn von DM 158.560,- geführt hat. Aus dem ebenfalls erstellten Jahresabschluß zum 31.12.1978 ließ sich ergänzend ersehen, daß der Beklagte für das Geschäftsjahr 1978 ohne Berücksichtigung des Aufgabegewinns einen Verlust von DM 27.527,85 bilanziert hatte. Auch ohne Berücksichtigung der im Rahmen der Betriebsprüfung ansonsten erhobenen Beanstandungen war damit zweifelsfrei erkennbar, daß infolge der Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft für das Geschäftsjahr 1987 zumindest ein Gewinn von DM 131.032,15 (Aufgabegewinn von DM 158.560,- abzüglich des vom Beklagten bis dahin errechneten Verlustes von DM 27.527,85) entstehen werde, die Auflösung der stillen Reserven also einkommen- und körperschaftsteuerrelevant ist.

Die am 27.1.1986 ablaufende Verjährungsfrist des § 68 StBerG wurde nicht durch die Einreichung des Mahnantrages bzw. Zustellung des Mahnbescheids des Amtsgerichts 10.1.1985 unterbrochen (vgl. § 209 Abs.2 Satz 1 BGB, § 270 Abs. 3 ZPO).

Das Landgericht hat zu recht darauf hingewiesen, daß der **Streitgegenstand des Mahnverfahrens, in welchem der Kläger u.a. die Rückzahlung des gewährten Honorars** gemäß dem Schreiben seiner damaligen Bevollmächtigten vom 20.12.1984 **geltend machte**, abgesehen von dem im landgerichtlichen Urteil zugesprochenen Betrag von DM 2.300,- netto (DM 2.626,- brutto), nicht mit jenem des Streitverfahrens übereinstimmt und **damit im Mahnverfahren die Verjährungsfrist des Schadenersatzanspruchs aus positiver Vertragsverletzung nicht unterbrochen** wurde (vgl. ergänzend BGHZ NW 1988, 965).

Die Einreichung und Zustellung der Anspruchsbegründungsschrift vom 4.12.1986 konnte die am 27.1.1986 abgelaufene Verjährung nicht mehr unterbrechen, wobei dahinstehen kann, ob sich der Kläger angesichts der zu keinem Zeitpunkt vollständig eingezahlten Gebührenvorschüsse auf §§ 270 Abs. 3, 696 Abs. 3 ZPO berufen könnte (vgl. dazu zuletzt: BGH Urf. v. 16.12.1987 – VIII ZR 4/87 – ; Vorabdruck in NJW Heft 14, Seite VII).

Haftung des Rechtsanwalts

– Verjährung des Regreßanspruches, § 51 BRAO

(LG Traunstein Urt. v. 8.4.1988 – 5 O 113/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Wegen angeblicher Falschberatung bei Abschluß eines gerichtlichen Vergleichs entsteht gegen den Rechtsanwalt der Regreßanspruch am Tag des Vergleichabschlusses.
2. Der sog. Sekundäranspruch begründet eine Schadenersatzverpflichtung des Rechtsanwaltes für den Fall, daß er auf eine Möglichkeit der Regreßhaftung und auf die kurze Verjährung des § 51 BRAO nicht hingewiesen hat, obwohl er die Möglichkeit seiner eigenen Regreßhaftung erkannt hat. Der Sekundäranspruch entsteht nicht, wenn der Mandant vor Ablauf der Primärverjährung anderweitig anwaltliche Beratung in Anspruch genommen hat.

Aus den Gründen:

Es muß nicht näher erörtert werden, ob auf der Grundlage einer schuldhaften Nebenpflichtverletzung des zwischen den Parteien im Jahr 1981 zustande gekommenen Anwaltsvertrages aus dem von der Rechtsprechung entwickelten Institut der positiven Vertragsverletzung dem Kläger gegenüber dem Beklagten ein Schadenersatzanspruch dem Grunde nach überhaupt zusteht; insoweit kommt die vom Kläger behauptete Falschberatung anlässlich der Beratung vom Frühjahr 1981 ebenso in Betracht wie eine Falschberatung bei Abschluß des gerichtlichen Vergleichs im Verfahren des Amtsgerichts vor dem bezeichneten Termin vom 1.12.1981.

Jedenfalls ist ein etwa gegebener Schadenersatzanspruch verjährt: Der Beklagte hat sich ausdrücklich auf die Einrede der Verjährung berufen. Die Verjährungseinrede ist begründet.

Gemäß § 51 Bundesrechtsanwaltsordnung verjähren Schadenersatzansprüche des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in 3 Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch in 3 Jahren nach der Beendigung des Auftrags.

Der Anspruch ist hier bereits mit dem Vergleichsschluß am 1. 12. 1981 entstanden, wobei es für diese Voraussetzung des Entstehens des Anspruchs ausreicht, daß der Rechtsanwalt eine schadenstiftende Handlung begangen hat, die einerseits eine Vertragsverletzung darstellt und andererseits zu einem Schaden geführt hat (vgl. Feuerich, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar 1987, Rd.-Nr. 5 zu § 51 BRAO).

Damit ergibt sich unter Berücksichtigung der 3-Jahres-Frist des § 51 BRAO mit Ablauf des 1. 12. 1984 die eingetretene Verjährung.

Dem Kläger steht auch unter dem Gesichtspunkt des sogenannten Sekundäranspruchs ein Schadenersatzanspruch gegenüber dem Beklagten nicht zu:

Dieser sogenannte **Sekundäranspruch** begründet eine Schadenersatzverpflichtung des Rechtsanwalts trotz eingetretener Verjährung des Primär-Schadenersatzanspruches für den Fall, **daß der Rechtsanwalt auf eine Möglichkeit der Regreßhaftung und auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO nicht hingewiesen hat, obwohl er die Möglichkeit seiner eigenen Regreßhaftung erkannt hat**. Insoweit stützt sich dieser sogenannte Sekundär-Schadenersatzanspruch auf seine diesbezügliche Hinweispflichtverletzung.

Doch muß auf dieser erneuten Pflichtverletzung durch die Unterlassung dieses Hinweises – nämlich Schadenersatz leisten zu üssen – und der zutreffenden Belehrung über die Anspruchsverjährung gerade der Eintritt der Verjährung beruhen (vgl. BGH NJW 1987, 326). Nur unter dieser Voraussetzung besteht dann ein Schadenersatzanspruch, gerichtet auf Unterlassung der Verjährungseinrede als sogenannter Sekundäranspruch (vgl. Feuerich, Rd.-Nr. 18 zu § 51 BRAO).

Hier behauptet zwar der Beklagte nicht, auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO den Kläger hingewiesen zu haben. Doch ist dennoch der Schadenersatzanspruch des Klägers unter dem Gesichtspunkt des sogenannten Sekundäranspruchs verjährt, da der Kläger **bereits vor Verjährungsablauf**, das ist, wie oben ausgeführt, hier der 1. 12. 1984, **anderweitige anwaltliche Beratung in Anspruch genommen hatte**. Für diesen Fall kann sich konkret der Beklagte trotz der gegebenen Hinweispflichtverletzung in bezug auf die Aufklärung des Klägers über die kurze Verjährungsfrist auf das Leistungsverweigerungsrecht des § 222 BGB, wie hier durch den Beklagten geschehen, einredeweise berufen (BGH NJW 1982, 1288).

Haftung des Steuerberaters

– Fingierte Lohnzahlungen

(AG Frankfurt Urt.v. 14.7.1987 – 30 C 626/87– 47)

Leitsatz (d. Verf.):

Sind die in einer Gehaltsbescheinigung ausgewiesenen Zahlungen an den Arbeitnehmer fingiert und werden stattdessen unversteuerte Zuwendungen vorgenommen, so kann der Mandant aus einer Nachversteuerung keine Schadenersatzansprüche gegen den Steuerberater herleiten.

Zum Sachverhalt:

Im Friseurbetrieb des Mandanten war die Meisterin 1986 ausgeschieden. Der Mandant schlug auf Anraten des Steuerberaters vor, daß diese mit einem monatlichen Bruttogehalt von DM 650,- als Angestellte weitergeführt wird.

Bei einer Betriebsprüfung fiel auf, daß die Meisterin Nebeneinkünfte aus der Tätigkeit bei dem Mandanten bezog. Diese Einkünfte waren nicht versteuert worden. Die Entgelte aus den Gehaltsabrechnungen hatte sie demgegenüber nicht erhalten; die Auszahlung des Nettolohnes war im Kassenbuch fingiert worden. Der Mandant wurde verpflichtet, neue Lohnbescheinigungen zu erstellen. Den dadurch entstandenen Schaden verlangte der Mandant vom Steuerberater. Er behauptete, die Auszahlung des Nettobetrages im Kassenbuch zu fingieren, beruhe auf einem Vorschlag des Steuerberaters.

Aus den Gründen:

Ein Anspruch auf Schadenersatz gegen den Beklagten wegen Verletzung seiner Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag auf ordnungsgemäße Beratung steht der Klägerin nicht zu.

Aus dem unstreitigen Vortrag der Klägerin ergibt sich, daß der Beklagte dazu riet, die Zeugin als Angestellte weiterzuführen. Die dementsprechend im Schreiben vom 6.8.1976 vorgeschlagene Konstruktion ist zwar offensichtlich darauf zugeschnitten, dem gewerberechtlichen Gebot formell Genüge zu tun, daß in einem Handwerksbetrieb ein Handwerksmeister vorhanden sein muß; ein Verstoß gegen das Steuerrecht ist dieser Konstruktion noch nicht zu entnehmen. Dem Beklagten kann daher nicht bereits vorgeworfen werden, daß diese Konstruktion „seine Idee“ war.

Hinsichtlich der Verstöße gegen das Steuerrecht ist die Verantwortlichkeit des Beklagten nicht ersichtlich. Es ist nicht erkennbar, weshalb der Beklagte für das Fehlverhalten der Zeugin verantwortlich sein sollte. Daß der Beklagte die Zeugin anstiftete, die von der Klägerin kommenden Zuwendungen nicht in ihren Steuererklärungen anzugeben, ist nicht vorgetragen worden. Der Beklagte hat auch bestritten gewußt zu haben, daß die in den Zahlungsbelegen ausgewiesenen Zahlungen an die Zeugin S. fingiert waren. Insoweit ist auch nicht ordnungsgemäß der Beweis angetreten. Im Schriftsatz vom 12.6.1987 ist lediglich davon die Rede, daß zu dem Rat des Beklagten, „bestimmte Zahlungen zu fingieren“, bereits Beweis angetreten worden sei.

Selbst wenn sich der Beklagte an dem rechtswidrigen Verhalten der für die Klägerin Handelnden oder der Zeugin S. beteiligt hätte, ist ein Schadenersatzanspruch abzulehnen. In strafrechtlicher Hinsicht könnte dann zwar Anstiftung oder Beihilfe zur Steuerhinterziehung vorliegen, die Manipulationen beruhten aber auf einer eigenen Entscheidung der für die Klägerin Handelnden. Die Klägerin hatte auch den tatsächlichen Nutzen aus den Manipulationen, während der Beklagte offenbar lediglich sein Honorar als Steuerbevollmächtigter erhielt. Jedenfalls ist nicht vorgetragen, daß von dem rechtswidrig erlangten Steuervorteil der Beklagte einen Anteil erhielt.

Ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten wegen dessen – unterstellter – Beteiligung an den Manipulationen ist auch deshalb ausgeschlossen, weil er insoweit gegenüber der Klägerin nicht rechtswidrig handelte. Wer mit dem Verhalten des Schädigers einverstanden ist, dem geschieht kein Unrecht. Die Klägerin kann nicht mit Erfolg „Unerfahrenheit in geschäftlichen Dingen“ einwenden. Die für die Klägerin Handelnden wußten, daß Zahlungen an die Zeugin S. gegenüber dem Finanzamt fingiert wurden. Die Klägerin hat auch nicht vorgetragen, daß die Rechtswidrigkeit dieses Verhaltens unbekannt war. Da das Risiko des Entdecktwerdens in Kauf genommen wurde, kann die Klägerin nach der Aufdeckung des Sachverhalts den Schaden nicht auf den Beklagten abwälzen.

GI Hinweis

Bei dem Wunsch des Mandanten, seinen Betrieb zu veräußern, als Gesellschafter auszuscheiden oder den Betrieb in ein anderes Unternehmen einzubringen, entsteht eine Vielzahl steuerrechtlicher Probleme. Eine sofortige Gewinnrealisierung soll in der Regel vermieden, neutralisiert oder auf mehrere Jahre verteilt werden.

Schulze zur Wiesche hat nunmehr in 3. Auflage sein Fachbuch „Betriebsveräußerung, Gesellschafterwechsel und Betriebsaufgabe im Steuerrecht“ herausgebracht (C. F. Müller, Heidelberg, 1988, 181 Seiten, 68,- DM).

Das Fachbuch zeichnet sich dadurch aus, daß es durch eine Vielzahl von Beispielen die vielfältigen Probleme durchschaubar macht. Die Darstellung beschränkt sich nicht auf die ertragsteuerlichen Folgen, sondern gibt gleichzeitig Hinweise auf Folgen bei der Grunderwerbsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer etc.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–12, 1988)

Abtretung			
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	– Risiken	
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88, 50	= strafbare Handlung d. Initiators	88, 204 (LS)
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88, 94 (LS)	= Prospektabweichung, 10% bei WK	88, 217
		= wirtschaftliche –	88, 76 (LS), 90
Allgemeine Geschäftsbedingungen		= zivilrechtliche –	88, 226 (LS)
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88, 94 (LS)	– Prognosen	88, 79
– wirksame Einbeziehung in StB-Vertrag	88, 215, 217	Antrag	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	– Investitionszulage	88, 155
– Verjährungsfrist		Anwaltsvertrag	
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	– Abgrenzung zur Notartätigkeit	88, 226 (LS)
Anlageberatung		– Ende des –	88, 61
– Abgrenzung zur Anlagevermittlung	88, 182 (LS)	– mit ausgeschiedenem Sozios	88, 204 (LS)
– Prospektprüfung	88, 217		
– Prüfung des Grundstückswerts	88, 76 (LS)		

Arglistenwand

- nach „Einschlafen d. Verhandlungen“ 88, 61
- gegenüber Verjährungseinrede 88, 37, 226 (LS)

Bauherrenmodell

- Aufgabengebiet des Treuhänders 88, 55, 189
- Beteiligung trotz steuerlicher Risiken 88, 150
- Schadenersatz, negatives Interesse 88, 150
- objektbezogener StB
 - = Abgrenzung zum persönlichen StB 88, 3
- Ziel des – 88, 189

Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA

- fehlende Belehrungsbedürftigkeit
 - = über Ausgleichsanspruch, § 89b HGB 88, 89
 - = Kenntnis d. Steueraufhebungsbescheides 88, 106
- Dauermandat und Einzelauskünfte 88, 95
- über Fehler in beendetem Mandat 88, 226 (LS)
- Mandatsübernahme/Tod des Sozios 88, 94 (LS)

Berichtigung, § 173 I, 2 AO

- grobes Verschulden
 - = Belegverlust 88, 142
 - = Krisensituation 88, 142
 - = des Mandanten 88, 26
- Zurechnung des Berater-Verschuldens 88, 26, 142
- Mitarbeiter-Kontrolle 88, 142

Beschlagnahmeverbot § 97 StPO

- Buchhaltungsunterlagen 88, 63
- Jahresabschluß 88, 63
- notarielle Urkunde 88, 196

Beweislast

- unterlassene Belehrung 88, 234
- Beratungsfehler 88, 236
- Buchungsfehler 88, 133
- Kausalität 88, 95, 101
 - = z. Pflichtverletzung und Schaden
- Rückgabe von Mandantenunterlagen 88, 117
- Schaden 88, 94
 - = bei rechtmäßigem Alternativverhalten 88, 182 (LS)
- = Aussichten d. Vorprozesses 88, 94 (LS)
- = Belegvernichtung d. StB 88, 146
- = Schätzungsschaden 88, 157
- für Verhandlungsergebnis 88, 95, 100

Bilanzerstellung

- Belehrungspflicht
 - = auffälliges Anwachsen d. Warenbestandes 88, 206
- Buchfälschung d. Mandanten 88, 206
- Prüfungspflicht
 - = Bewertung d. Waren u. Forderungen 88, 206
 - = Warenbestand 88, 206

Buchführungsauftrag

- Auftragsinhalt 88, 157
- Belehrungspflichten
 - = Belegaufbewahrung 88, 146

- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
 - = Belegaufbewahrung, Gastwirtsmandat 88, 146
 - = Grundaufzeichnungen 88, 157

Buchhaltungsunterlagen

- Buchfälschung des Mandanten 88, 206
- fingierte Lohnzahlungen 88, 244
- Vernichtung, Schadendarlegung 88, 146

Bürovorsteher, Haftung

- d. Notars 88, 204 (LS)

Dritthaftung

- Anwaltsvertrag 88, 100
- stillschweigender Auskunftsvertrag 88, 9
- Steuerberatungsvertrag mit KG 88, 231
- Steuerberatungsvertrag mit OHG 88, 79
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - = Bilanz- und Kreditgeber 88, 54 (LS)
 - = Bilanz- und Konkursgläubiger 88, 76 (LS)

Ermittlungspflicht d. StB's

- bei Mandatsübernahme 88, 183

Fristenkontrolle

- Rechtsmittelauftrag an Kollegen 88, 164 (LS)
- mdl. Weisung an Bürovorsteher 88, 227

Gewinnausschüttung

- mit Mittelabfluß 88, 18 (LS)

Haftungsbeschränkung

- auf grobe Fahrlässigkeit 88, 46
- Haftungshöchstsumme DM 100.000 88, 122
- wegen steuerlicher Folgen 88, 150
- im Treuhandvertrag 88, 46, 150
- Verjährungsfrist in AGB 88, 3

Herausgabepflicht des StB's

- Abholung/Übersendung 88, 2
- gespeicherte Buchhaltungsdaten 88, 174
- Mandantenunterlagen 88, 2
- von Provisionen 88, 60, 198 204 (LS)

Honoraranspruch des StB's

- Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO 88, 83, 128
- Anrechnung ersparter Kosten 88, 29
- bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB
 - = Umsatzsteuer 88, 29
- Buchführungsmandat 88, 83
- Minderung d. – 88, 128
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV 88, 215
- sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO 88, 85

Inventur

- Buchfälschung d. Mandanten 88, 206

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung d. – 88, 155

Karenzfrist

- Kenntnis d. StB's von BGH-Rechtspr. 88, 184

Kassenbuch			
– Belegaufbewahrung	88, 147		
– fingierte Lohnzahlung	88, 244		
Kausalität			
– Beteiligung am Bauherrenmodell trotz Steuerrisiko	88, 150		
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88, 36 (LS)		
Kenntnis des Steuerrechts			
– Karenzfrist bei neuer Rechtspr.	88, 184		
– Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153, 165		
– Rechtsprechungsänderung = Ehegatten-Betriebsaufspaltung	88, 165		
– Grunderwerbssteuer im Bauherrenmodell	88, 150		
Klageauftrag			
– Beschwerdefrist, Ablehnung der Prozeßkostenhilfe	88, 142		
– vorsorgliche Klage	88, 18 (LS)		
– Rechtsmittelauftrag	88, 164 (LS)		
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177 (LS)		
Konkurrenzverbot			
– des angestellten RA	88, 2		
Konkursverwalter, Haftung des –			
– Regreßanspruch des Kommanditisten	88, 54 (LS)		
– Steuerhaftung	88, 54 (LS)		
Kostenerstattung im Regreßprozeß			
– Privatgutachten	88, 76 (LS)		
Kündigung des Mandats			
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18 (LS)		
Literatur- und Rechtsprechungshinweise			
– Dritthaftung	88, 11		
– Rechtsberatung d. StB/Wp	88, 24		
– Schätzungsschaden	88, 33		
– Treuhänderhaftung	88, 44		
– Vertrag mit Mehrfachberuflern	88, 55		
Mandantenpflichten			
– Informationen an StB	88, 183		
Mandantenunterlagen			
– Rückgabe d.	88, 18 (LS)		
Mandatsübernahme			
– Belehrungspflicht	88, 94 (LS)		
– Ermittlungspflicht	88, 183		
Mehrfachberufler			
– Abgrenzung Anwalts-, Notartätigkeit	88, 226		
– Anwendbarkeit von Verjährungsvorschriften (§§ 51 BRAO, 68 StBerG, 51a WPO)	88, 55		
Mitverschulden			
– Buchfälschung	88, 206		
– richtige Information an StB	88, 206		
– Prüfung d. vom StB erstellten Steuererklärung	88, 26		
– d. Vertreters d. Mandanten, § 31 BGB	88, 212		
Nachbesserung			
– Recht d. StB's zur Nachbesserung	88, 94 (LS)		
Notar			
– Belehrungspflichten = über Sozialbindung	88, 86		
– Beschlagnahmeverbot, § 97, StPO	88, 189		
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungsanspruchs	88, 18 (LS)		
Provisionsgeschäfte			
– Herausgabepflicht der Provision	88, 60, 198 (LS)		
– Schadenersatzpflicht	88, 198 (LS)		
– Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60		
Prozeßkostenhilfe			
– Beschwerdefrist	88, 142		
Rechtsanwalt			
– Beratungspflichten = Kündigungsmandat und Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88, 89		
– Dritthaftung	88, 9		
– Konkurrenzverbot	88, 2		
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177 (LS)		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– Geltendmachung v. Schadenersatzanspruch	88, 108		
– Sanierungsverhandlungen	88, 19		
– durch Wp	88, 19		
Schaden			
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32		
– negatives Interesse, Kapitalanlage	88, 150, 182 (LS)		
– fingierte Lohnzahlungen	88, 244		
– Mängelbeseitigung, Recht d. StB's	88, 94 (LS)		
– verlorener Prozeß	88, 94 (LS)		
– bei unvermeidbarer Steuerzahlung	88, 94 (LS)		
– Verschulden bei Vertragsabschluß	88, 154, 182 (LS)		
– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden			
Schätzung, § 162 AO			
– Schaden = Darlegungs- und Beweislast	88, 31		
Sozietät			
– ausgeschiedener Sozios im Briefkopf	88, 204 (LS)		
– Vertrag mit –	88, 94 (LS)		
– Tod des Sozios/Mandatsübernahme	88, 94 (LS)		
Steuerberater			
– Konkurs des –	88, 2		

Steuerberatungsgesetz		
– §1 Abs. 2 Nr. 2		
= Einrichtung der Fibu u. Lobu	88, 116	
	(LS)	
– §46 Abs. 3 Nr. 2		
= Konkurs des StB's	88, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Dauermandat und Beratungspflichten	88, 95	
– Investitionszulagenantrag	88, 155	
– Kündigung durch Mandanten	88, 174	
– mit KG	88, 231	
– mit OHG	88, 79	
– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3	
– Steuergestaltungsberatung		
= Änderung der Pachtforderung	88, 165	
= Betriebsaufspaltung	88, 236	
= gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	
= Nießbrauch	88, 177	
	(LS)	
= Rat zu getrennter Veranlagung	88, 231	
= Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160	
= Vertragsänderungen	88, 160	
= unentgeltliches Wohnrecht	88, 159	
Steuererklärung		
– Anforderung d. EW-Bescheides	88, 183	
– Prüfung der Auskunft d. M.	88, 183	
Steuergestaltungsberatung		
– Änderung der Pachtforderung	88, 165	
– Betriebsaufspaltung	88, 236	
– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	
– Nießbrauch	88, 177	
	(LS)	
– Rat zu getrennter Veranlagung	88, 231	
– Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160	
– Vertragsänderungen	88, 160	
– unentgeltliches Wohnrecht	88, 159	
Steuerhinterziehung		
– Berufspflichtverletzung	88, 116	
	(LS)	
– fingierte Lohnzahlungen	88, 244	
– ESt-Vorauszahlung	88, 116	
	(LS)	
– USt-Voranmeldung	88, 116	
	(LS)	
Testamentsvollstrecker		
– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36	
	(LS)	
Treuhänder		
– Abweichung von Prospektaussage	88, 41	
– Aufhebung der Steuerbefreiung	88, 106	
– Belehrung über steuerliche Risiken	88, 150, 182	
	(LS)	
= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88, 3	
– Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41	
– Funktionsträgergebühren		
= Vereinbarung erfolgsunabhängiger –	88, 198	
	(LS)	
= Werthaltigkeit der –	88, 189, 198	
	(LS)	
– Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	88, 150	
– Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	
– Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46	
– Mietgarantie und Bankbürgschaft	88, 198	
	(LS)	
– Pflichten des – im Bauherrenmodell	88, 55, 151, 182	
	(LS), 189	
– Prüfung d. Rohbaumaßnahme u. d. Gewerke	88, 195, 198	
	(LS)	
– Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150, 182	
	(LS)	
– Überwachung d. gewerbl. Zwischenmieters	88, 106	
– Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55	
– Versicherungsschutz	88, 46, 66	
– Werthaltigkeit des Bauvorhabens	88, 189	
– Zahlung vor Baugenehmigung	88, 182	
	(LS)	
Unerlaubte Handlung		
– vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
= prognostische Anlageberatung	88, 81	
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB		
– Mahnbescheid	88, 122, 236	
Verjährung, § 51 BRAO		
– unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61	
= wg. Schweigens	88, 226	
– Sekundäranspruch, Frist	88, 37	
– Verjährungsbeginn		
= Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61	
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		
– Herausgabeanspruch	88, 204	
	(LS)	
– Kenntnis des Fehlers u. d. Schadens	88, 145	
– Verjährungsbeginn		
= Anlageberatung	88, 110	
= Aufgabe d. steuerbegünstigten Zwecks	88, 204	
	(LS)	
= Bestandskraft des Steuerbescheides	88, 143, 169	
= Betriebsprüfung	88, 143, 169	
= Feststellungsklage	88, 169	
= Fristablauf	88, 205	
= Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113	
= Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110	
= Zahlung der Steuer	88, 144	
= Zustellung d. Steuerschadens	88, 122	
– bei Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55	
Verjährung, § 839 BGB – anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18	
	(LS)	
– Verjährungsunterbrechung		
= durch Mahnbescheid	88, 122	
Verschulden		
– Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153	
– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	

Versicherungsschutz			
– Nachbesserungskosten	88, 137		
– Treuhandtätigkeit	88, 66		
Vorteilsausgleich			
– wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77, 182		
	(LS)		
Wettbewerb/Mandantenschutz			
– des angestellten RA	88, 11		
Wiedereinsetzung			
– Büroversehen			
= Fristeintragung	88, 227		
= mdl. Weisung an Bürovorsteher	88, 227		
– Fristenkontrolle			
= Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164		
	(LS)		
Wirtschaftsprüfer			
– Berufsbild	88, 22		
= Sanierungsverhandlungen	88, 22		
= Treuhandtätigkeit	88, 55		
– Rechtsberatung	88, 22		
Zurückbehaltungsrecht			
– an Arbeitspapieren	88, 117		
– Beweislast	88, 117		
– Darlegung d. Schriftstücke	88, 174		
– an DATEV-Daten	88, 174		
– Grundsatzurteil	88, 117		
– an Hauptabschlußübersicht			
u. Umbuchungsliste	88, 117		
– Herausgabepflicht, s. d.			
– an Originalunterlagen d. Mandanten	88, 220		

BGH v. 19.6.1986 – VII ZR 25/85	88, 182	BGH v. 21.1.1988 – IX ZR 65/87	88, 226
= WM 1986, 1320	(LS)		(LS)
BGH v. 3.12.1986 – IVa ZR 90/85	88, 36	BGH v. 4.2.1988 – IX ZR 20/87	88, 94
= ZIP 1987, 922	(LS)	= WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	
BGH v. 18.2.1987 – IVa ZR 232/85	88, 76	BGH v. 17.2.1988 – IVa ZR 262/86	88, 117
= VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463	(LS)	= StB 1988, 232 = DStR 1988, 508	
= EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)		BGH v. 25.2.1988 – VII ZR 152/87	88, 182
BGH v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86	88, 94		(LS)
BGH v. 1.10.1987 – IX ZR 117/86	88, 100	BGH v. 10.3.1988 – III ZR 195/86	204
= WM 1987, 1520		= WM 1988, 986	(LS)
= WuB IV A § 823 BGB 1.88 Johlke		BGH v. 11.3.1988 – V R 49/86	88, 164
BGH v. 1.10.1987 – IX ZR 202/86	88, 37	= Steuer-Telex 2019	(LS)
= WM 1988, 127		= LEXinform 81467	
BGH v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87	88, 227	BGH v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87	88, 164
BGH v. 7.10.1987 – IVa ZR 67/87	88, 79	= WM 1988, 987	(LS)
= StB 1988, 16 = WM 1987, 1557		= WuB IV A § 675 5.88 Huff	
BGH v. 22.10.1987 IX ZR 175/86 (KG)	88, 226	OLG Bremen v. 10.11.1987 – I U 56/87	88, 86
= WM 1987, 1516	(LS)	OLG Celle v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85	88, 18
= EWiR § 675 BGB 2/88, 49 (Brambring)			(LS)
BGH v. 4.11.1987 – IVa ZR 158/86	88, 19	OLG Celle v. 15.4.1987 – 3 U 16/87	88, 143
= WM 88, 26 = ZIP 88, 40		OLG Düsseldorf, 13.6.1985 – 8 U 212/84	88, 2
= EWiR Art.1 § 5 RBERG 1/88, 185 (Chemnitz)		= RBeistand 1987, 42	
= AnwBl. 1988, 490 m. Anm. Chemnitz		LG Düsseldorf v. 26.11.1987 – 18 U 97/87	88, 29
= JZ 1988, 556 m. Anm. Zuck		OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 174/87	88, 83
BGH v. 5.11.1987 – IX ZR 86/86	88, 36	OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 199/87	88, 205
= EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann)	(LS)	OLG Düsseldorf v. 28.4.1988 – 18 U 1/88	88, 183
= EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann)		OLG Düsseldorf v. 5.5.1988 – 18 U 289/87	88, 146
= WM 88, 342		OLG Düsseldorf v. 26.5.1988 – 18 U 292/87	88, 231
BGH v. 19.11.1987 – VII ZR 39/87	88, 55	OLG Düsseldorf v. 9.6.1988 – 18 U 285/87	88, 177
BGH v. 25.11.1987 – IVa ZR 162/86	88, 95		(LS)
= StB 1988, 166		OLG Düsseldorf v. 14.7.1988 – 18 U 32/88	88, 184
BGH v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86	88, 18	OLG Frankfurt v. 5.11.1987 – 13 U 186/85	88, 54
= WM 1986, 166	(LS)	= NJW/RR 1988, 124	(LS)
= WuB IV A. § 675 BGB 2.88 Sturmhoebel		OLG Frankfurt v. 27.1.1988 – 21 U 201/86	88, 150
BGH v. 2.12.1987 – IVa ZB 17/87	88, 177	= WM 1988, 632	
	(LS)	= NJW RR 1988, 618	
BGH v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86	88, 77	OLG Hamburg v. 6.5.1988 – 8 U 171/84	88, 206
= WM 1988, 220		OLG Hamm v. 25.2.1987 – 28 W 4/87	88, 61
= WuB IV A. § 675 BGB 3.88 Sturmhoebel			
BGH v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86	88, 164		
= WM 1988, 382	(LS)		

OLG Hamm v. 4.6.1986 – 25 U 61/85 = StB 1987, 211	88, 94 (LS)	LG Oldenburg v. 20.5.1988 – 6 O 570/88	88, 159
OLG Hamm v. 16.9.1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)	LG Paderborn v. 14.4.1988 – 3 O 40/88	88, 171
OLG Hamm v. 18.3.1988 – 25 U 103/87	88, 136	LG Stuttgart v. 14.9.1987 – 10 Qs 53/87 = wistra 1988, 40	88, 63
OLG Hamm v. 1.6.1988 – 25 U 256/86	88, 217	LG Stuttgart v. 21.4.1988 – 8 Qs 28/88 = wistra 1988, 245	88, 196
OLG Hamm v. 22.6.1988 – 25 U 174/87	88, 215		
OLG Karlsruhe v. 5.2.1988 – 15 U 246/85 = KaRS 1988, 125	88, 189	LG Traunstein v. 8.4.1988 – 5 O 113/87	88, 242
OLG Koblenz v. 11.6.1987 – 1 Ss 198/87	88, 116 (LS)	LG Traunstein v. 5.7.1988 – 2 O 2482/87 (LS)	88, 198
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88, 3	LG Wuppertal v. 13.10.1987 – 5 O 171/86 = STEUER-TELEX 3018 (LS)	88, 198
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88, 2		
OLG Köln v. 6.11.1987 – 6 U 205/86	88, 41	AG Bad Neuenahr-Ahrweiler v. 25.11.1987 – 3 C 127/87	88, 174
OLG Köln v. 9.3.1988 – 2 U 67/87	88, 128	AG Frankfurt v. 14.7.1987 – 30 C 626/87–47	88, 244
OLG München v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86	88, 66	AG München v. 21.5.1987 – 3 C 5040/87 = STEUER-TELEX 4422 (LS)	88, 198
OLG München v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85 = STEUER-TELEX 3318	88, 60 204 (LS)	BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80	88, 26
OLG Oldenburg v. 1.12.1986 – 13 U 126/85 = WM 1987, 169	88, 182 (LS)	BFH v. 1.7.1987 – II B 59/87 = BFH NV 1988 I 49	88, 142
OLG Oldenburg v. 27.4.1987 – 3 U 119/86	88, 89	BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 = STEUER-TELEX 0314	88, 142
OLG Oldenburg v. 7.5.1987 – 1 U 211/86	88, 122	= LEXinform 0081061	
OLG Stuttgart v. 10.3.1987 – 10 U 7/86 = NJW/RR 1988, 276	88, 182 (LS)	BFH v. 17.9.1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9	88, 15
OLG Stuttgart v. 21.5.1987 – Ss 221/87 = StB 1988, 21	88, 116 (LS)	BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132	88, 2
OLG Stuttgart v. 27.5.1987 – 8 W 134/87 = StB 1988, 20	88, 76 (LS)	= LEXinform 0081033	
EG Hamburg v. 4.2.1986 – III 12/85 EV 73/83 = BRAK-Mitt 1987, 100	88, 116 (LS)	BFH v. 12.1.1988 – VII R 60/86 = Steuer-Telex 119 (LS)	88, 116
LG Arnsberg v. 2.5.1988 – 5 S 260/87	88, 155	= LEXinform 0081292	
LG Aschaffenburg v. 23.9.1987 – 3 O 474/86	88, 165	FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
LG Berlin v. 2.12.1987 – 30 O 214/87	88, 157		
LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87	88, 9	FG Berlin v. 24.3.1987 – VII 100/86 = EFG 1987, 594	88, 142
LG Detmold v. 4.12.1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)	OVG Münster Beschl. v. 21.2.1987 – XI B 43/87 = AnwBl. 1988, 172	88, 94 (LS)
LG Detmold v. 25.2.1988 – 3 O 215/87	88, 90		
LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87	88, 31		
LG Düsseldorf v. 21.12.1987 – 1 O 132/87 = STEUER-TELEX 1016	88, 76 (LS)		
LG Duisburg v. 29.7.1988 – 3 O 534/87	88, 204 (LS)		
LG Heidelberg v. 13.11.1987 – 5 O 60/86	88, 46		
LG Köln v. 27.10.1987 – 11 S 196/87 = NJW-RR 1988, 1675	88, 219		
LG Köln v. 5.1.1988 – 22 O 28/87	88, 110		
LG Köln v. 11.1.1988 – 20 O 246/87	88, 106		
LG Köln v. 20.7.1988 – 24 O 608/87 (LS)	88, 204 (LS)		
LG Mannheim v. 16.6.1988 – 5 O 14/88	88, 169		
LG Oldenburg v. 21.8.1987 – 6 O 2008/86	88, 195		
LG München I v. 13.4.1988 – 33 O 22 573/87 (LS)	88, 226 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.